



Imam-Ausbildung, islamische Religionspädagogik und andere Aspekte des Islams in der Schweizer Öffentlichkeit

Forschungsergebnisse aus ausgewählten Projekten des
Nationalen Forschungsprogramms «Religionsgemeinschaften,
Staat und Gesellschaft» (NFP 58)

FNSNF

SCHWEIZERISCHER NATIONALFONDS
ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNG

Inhalt

- 5 Vorwort von Prof. Christoph Bochinger

Teil I: Imam-Ausbildung und islamische Religionspädagogik

- 6 Ja zur Ausbildung von Imamen in der Schweiz
8 Imame mit mangelhaften Kompetenzen
9 Rund 150 Imame in der Schweiz
11 Ein authentischer Islam, passend zur Schweiz
12 Staatliche Beteiligung an Imam-Ausbildung befürwortet
14 Klare Vorstellungen vom Inhalt der Ausbildung
16 Idealbild eines Imams
18 Geringere Erwartungen an Lehrpersonen
20 Bestehendes Ausbildungsangebot

Teil II: Weitere Erkenntnisse zum Islam in der Schweiz

- 22 Zweitstärkste Religion der Schweiz
23 Neue Erkenntnisse über den Islam in der Schweiz aus dem NFP 58
24 Nahaufnahme der bosnischen und albanischen Musliminnen und Muslime
26 «Die Minarett-Abstimmung wurde in der politischen Mitte gewonnen»
28 Medienschaffende kennen den Islam schlecht
30 Qualität der Islam-Debatte lässt zu wünschen übrig
- 34 Impressum

Foto Titelseite:

05. 12. 2009, grosse Moschee Genf. Ein Gläubiger betet nach dem Mittagsgebet. (© Mélanie Rouiller)



05.12.2009, schiitische Moschee Genf. Nach dem Gebet versammeln sich die Frauen und Kinder in einem an den Gebetsraum angrenzenden Zimmer. (© Mélanie Rouiller)

Vorwort

Neue Einsichten in die Integration der Muslime

Soll die Schweiz künftig Imame ausbilden? Diese Frage ist höchst politisch. In erster Linie müssen die Kantone darauf antworten. Sie sind sowohl für die Hochschulen zuständig, die eine Imamausbildung anbieten könnten, als auch für die Integration von Migrantinnen und Migranten. Auch im Bundesparlament wurde diese Frage thematisiert.

Ein Konsens über eine Imam-Ausbildung in der Schweiz kann gefunden werden, sagt jetzt das Nationale Forschungsprogramm 58 (NFP 58) «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft». Das ist die Schlussfolgerung der wissenschaftlichen Studie einer Forschungsgruppe der Universität Zürich. Die Thematik liegt seit Jahren in der Luft. Kein Zweifel also, dass diese Resultate eine wichtige Grundlage für die Diskussion der Entscheidungsträger schaffen werden.

Wie die Studie zeigt, stimmen sowohl die Musliminnen und Muslime als auch die befragten Nichtmuslime darin überein, dass eine Imamausbildung in der Schweiz sinnvoll ist. Die Vertreterinnen und Vertreter öffentlicher Institutionen versprechen sich davon vor allem eine Verbesserung der Kommunikationsflüsse und eine vertiefte Kenntnis der Schweizer Rahmenbedingungen bei den Imamen. Aber auch die Musliminnen und Muslime selbst sind der Meinung, dass in der Schweiz ausgebildete Imame und Religionslehrerinnen und -lehrer eine integrationsfördernde Wirkung hätten. Nach ihrer Ansicht sind die bisherigen Imame oft nicht ausreichend dafür ausgebildet und selbst nicht genügend integriert, um ihren Gemeinden bei der Integration zu helfen. Sie wünschen sich neue Antworten auf Fragen, die ihnen das Leben in der Schweiz stellt.

Mit oder ohne Minarette praktizieren die Musliminnen und Muslime in der Schweiz ihre Religion. Der Volksentscheid von 2009, den Bau von Minaretten zu verbieten, hat die Diskussion über den Islam verstärkt. Während es bei den Minaretten eher um eine symbolische Debatte ging, berührt die Frage der Imamausbildung viel stärker das muslimische Leben selbst. Die Frage ist politisch heikel: Wie kann sich der Staat – mit dem Ziel der Integration und unter Wahrung religiöser Neutralität – am Aufbau einer Imamausbildung beteiligen? Welchen Ausgang diese Debatte auch nehmen wird, die Resultate der NFP 58-Studie werden zu einem klaren Bild über die Bestrebungen der Musliminnen und Muslime in der Schweiz und über die mögliche Umsetzung der Imamausbildung beitragen.

Professor Christoph Bochinger, Präsident der Leitungsgruppe des NFP 58

Teil I: Imame und islamische Religionspädagogik

Überblick

Ja zur Ausbildung von Imamen in der Schweiz

Die Mehrheit der Musliminnen und Muslime sowie der öffentlichen Institutionen hält es für wünschenswert, Imame und Lehrpersonen für islamischen Religionsunterricht in der Schweiz auszubilden.

«Ja, dreimal ja.» So wie dieser ursprünglich aus Somalia stammende Imam ist auch die Mehrheit der im Rahmen des NFP 58-Projekts (siehe Kasten rechts) befragten Musliminnen und Muslime der Meinung, dass eine Ausbildung von Imamen in der Schweiz wünschenswert wäre. Sunniten und Schiiten unterschiedlicher Herkunft – sei es aus Europa, der Türkei, Nordafrika oder von anderswo – sind sich in dieser Frage einig. Auch die Vertreter der befragten Schweizer Institutionen äussern sich in ihren Stellungnahmen grossmehrheitlich positiv zu diesem Ansinnen.

«Ja, dreimal ja.»

Ein Imam somalischer Herkunft

Integration erleichtern. Die qualitative Untersuchung zeigt auf, dass sich die grosse Mehrheit der befragten Personen über die grundsätzlichen Ziele einer Imam-Ausbildung einig ist. Diese Ausbildung würde die Integration der Musliminnen und Muslime in die schweizerische Gesellschaft erleichtern. Sie würde die Rolle der Imame als Ansprechpartner der Behörden stärken sowie eine grössere Transparenz betreffend der Präsenz der muslimischen Gemeinschaften schaffen. In der Stellungnahme der Erziehungsdirektion des Kantons Bern heisst es: «Grundsätzlich ist dies in jedem Falle zu befürworten, da hierdurch die «Einbürgerung» der islamischen Religionstradition in den schweizerischen Kontext gewährleistet wird.»

«Grundsätzlich ist dies in jedem Falle zu befürworten, da hierdurch die «Einbürgerung» der islamischen Religionstradition in den schweizerischen Kontext gewährleistet wird.»

Erziehungsdirektion des Kantons Bern

Das gleiche Bild ergibt sich, mit einigen Nuancen (siehe Seite 18), auch betreffend der Ausbildung von Lehrpersonen für den islamischen Religionsunterricht (IRU). Die Mehrheit der befragten Personen und öffentlichen Institutionen spricht sich für eine Ausbildung dieser Personen in der Schweiz aus.

Haltung einer Minderheit. Trotz eindeutiger Tendenzen sind die befragten Musliminnen und Muslime nicht einhellig gleicher Meinung. Eine Minderheit lehnt die Idee einer Ausbildung von Imamen und IRU-Lehrpersonen in der Schweiz ab oder bleibt in dieser Frage unentschieden. Sie vermutet, dass sich eine solche Ausbildung nicht zufriedenstellend organisieren liesse und befürchtet zudem zahlreiche Hindernisse in der Umsetzung. Unter den befragten Institutionen lehnen zwei die Idee einer Imam-Ausbildung in der Schweiz ab, während zwei weitere sich unentschieden äussern.

Forschungsprojekt «Imam-Ausbildung und islamische Religionspädagogik in der Schweiz?»

Die Mitglieder des Forschungsprojekts haben rund 100 Interviews mit Vertretern der muslimischen Gemeinschaft und Organisationen (Präsidenten, Imame) sowie Einzelpersonen muslimischer Religionszugehörigkeit geführt. Die Befragungen fanden in der Deutschschweiz und der Romandie statt. In der zweiten Phase des Projektes wurden rund 40 schriftliche Stellungnahmen von öffentlichen Institutionen eingeholt: Religiöse Körperschaften, politische Parteien und Behörden, Hochschulen sowie Rechtsexperten in acht Kantonen (BE, BS, GE, LU, SG, VD, VS und ZH) wurden befragt. Die Forschungsgruppe hat die Antworten mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Es handelt sich um die schweizweit erste qualitative empirische Studie zu diesem Thema. Die zentrale Schlussfolgerung der Forscher lautet, dass ein Konsens über die Ausbildung von Imamen und Lehrpersonen für islamischen Religionsunterricht in der Schweiz möglich scheint.

Leitung der Forschungsgruppe: Prof. Dr. Ulrich Rudolph, Prof. Dr. Christoph Uehlinger, Prof. Dr. Dorothea Lüddeckens, Universität Zürich

Mitarbeitende: Dr. Andreas Tunger-Zanetti, Universität Zürich und Luzern; Irma Delacombaz, Universität Freiburg, Nadja Rüegg, Universität Zürich

Kontakt: u.rudolph@access.uzh.ch

Imame in der Schweiz Mangelnde Sprachkompetenzen

Viele Imame in der Schweiz beherrschen die Schweizer Landessprachen kaum oder gar nicht. Überdies mangelt es ihnen an Vertrautheit mit dem schweizerischen Umfeld.

Die befragten öffentlichen Institutionen sowie die Musliminnen und Muslime sind sich einig, dass viele derzeit in der Schweiz tätigen Imame über nicht ausreichende Qualifikationen verfügen. In erster Linie beziehen sich die Befragten auf die kaum oder gar nicht vorhandenen Kenntnisse einer der Landessprachen. Dieser Umstand verunmöglicht es vielen Imamen, die Rolle von Vermittlern mit der schweizerischen Gesellschaft zu übernehmen. Die ungenügenden Sprachkenntnisse beeinträchtigen auch den Kontakt zu den muslimischen Mitgliedern zweiter und dritter Generation, welche die gemeinsame Herkunftssprache immer seltener beherrschen.

Mangelnde Kenntnis der Schweizer Realität. Nebst Kenntnissen einer Landessprache fehlt es den Imamen in der Schweiz häufig auch an Vertrautheit mit den juristischen, sozialen und religiösen Regeln ihrer Umgebung. Dies erklärt sich teilweise durch deren oft nur kurzfristigen Aufenthalt in der Schweiz. Eine junge muslimische Akademikerin arabischer Herkunft bezeugt dies mit folgender Aussage: «Ich habe die Erfahrung gemacht, dass tatsächlich Imame hierher geschickt beziehungsweise vermittelt wurden, die keine klaren Vorstellungen darüber hatten, wie die Menschen hier leben. Häufig kam es zu Konfrontationen zwischen den Vorstellungen des Imams und den Leuten, die hier leben und versuchen, das tägliche Leben auf die Reihe zu bekommen.»

«Ich habe die Erfahrung gemacht, dass tatsächlich Imame hierher geschickt beziehungsweise vermittelt wurden, die keine klaren Vorstellungen darüber hatten, wie die Menschen hier leben. Häufig kam es zu Konfrontationen zwischen den Vorstellungen des Imams und den Leuten, die hier leben und versuchen, das tägliche Leben auf die Reihe zu bekommen.»

Eine junge muslimische Akademikerin arabischer Herkunft

Die Erörterungen der Muslime und Institutionen zu den mangelnden Kompetenzen werfen indirekt die Frage nach der künftigen Rolle der Imame auf. Alle Betroffenen wünschen sich, dass diese die Integration der Musliminnen und Muslime in die schweizerische Gesellschaft vorantreiben.

Imame in der Schweiz Rund 150 Imame im Jahr 2009

In der Schweiz lebten im Jahr 2009 rund 150 Imame aus Ex-Jugoslawien, der Türkei, dem Nahen Osten und Afrika.

Zwischen 150 und 180 Imame waren im Jahr 2009 in der Schweiz aktiv. So lautet die fundierte Schätzung der Forschungsgruppe. Die Imame stammen überwiegend aus den Herkunftsländern jener Gemeinschaften, für die sie in der Schweiz zuständig sind. Laut der Volkszählung 2000 sind fast 60 Prozent der Muslime in der Schweiz ex-jugoslawischer Herkunft, 20 Prozent stammen aus der Türkei und etwas mehr als 10 Prozent aus afrikanischen Ländern, inklusive Nordafrika. Die Imame leben am gleichen Ort wie ihre Gläubigen und in der Nähe der Gebetsräume: mehrheitlich in industrialisierten Agglomerationen im Mittelland und den Alpen-tälern.

Feierabend-Imame. Zahlreiche Imame üben ihre religiöse Funktion neben einer hauptberuflichen Tätigkeit aus. Von den 150 bis 180 Imamen sind nach Schätzungen der Forschenden des NFP 58 lediglich 70 bis 80 Personen vollzeitlich tätig. Die anderen sind entweder teilzeitbeschäftigt oder üben die Tätigkeit als Imam am Abend nach der Arbeit aus. «Unser Imam», sagt ein junger Detailhandelsangestellter albanischer Herkunft, «arbeitet den ganzen Tag. Und dann muss er am Abend in die Moschee kommen. Und bevor er in die Moschee kommt, muss er sich vorbereiten, dass er uns etwas Neues lehrt.»

«Unser Imam arbeitet den ganzen Tag. Und dann muss er am Abend in die Moschee kommen. Und bevor er in die Moschee kommt, muss er sich vorbereiten, dass er uns etwas Neues lehrt.»

Ein junger Detailhandelsangestellter albanischer Herkunft

In Bosnien, der Türkei oder in Ägypten ausgebildet. Die Mehrheit der in der Schweiz tätigen Imame wurde in Bosnien, der Türkei oder in Ägypten ausgebildet. Das Ausbildungsniveau entspricht teilweise dem Niveau der Maturität mit zusätzlichen Kursen in religiösen Fragen, teilweise einem Universitätsdiplom. Kurse in einer der Schweizer Landessprachen spielen in diesen Ausbildungsgängen in der Regel keine Rolle.



11.12.2009, Moschee an der Baselstrasse 61a in Luzern. Ein Mitglied der Gemeinschaft ruft zum Gebet. (© Mélanie Rouiller)

Imame in der Schweiz

Ein authentischer Islam, passend zur Schweiz

Die Musliminnen und Muslime wollen einen authentischen Islam leben, der ihnen zugleich erlaubt, die Herausforderungen in der Schweiz zu meistern.

Mit ihrem Eintreten für eine Imam-Ausbildung in der Schweiz legen die befragten Musliminnen und Muslime auch dar, wie sie den Islam in der Schweiz leben möchten. Die Interviews zeigten, dass die Muslime einen authentischen Islam leben möchten, wie sie dies aus ihrem Herkunftsland kennen. Gleichzeitig äussern sie das Bedürfnis nach einem modernen Blick auf ihre Religion. Diesen zu vermitteln betrachten sie als Aufgabe der Imame. «Er braucht einen kritischen, offenen Geist», benennt eine Vereinsvertreterin algerischer Herkunft die Qualitäten eines Imams.

«Er braucht einen kritischen, offenen Geist.»

Vereinsvertreterin algerischer Herkunft

Eine angepasste Auslegung des Korans. Die befragten Personen betrachten es als Aufgabe des Imams, den Koran im Hinblick auf ihr Leben in der Schweiz zu interpretieren. Dass der Imam den Koran auf diese Weise auslegt, ist für die meisten Befragten mindestens ebenso wichtig wie seine Fähigkeit, eine gewisse Anzahl Suren auswendig zu kennen. Sie hoffen, im Islam Antworten auf die Herausforderungen des Lebens in der Schweiz zu finden. Ein Imam albanischer Herkunft fasst das Anliegen so zusammen: «Wer hierzulande ausgebildet wurde, wird auch die Bedürfnisse der hier lebenden Personen erkennen können.»

«Wer hierzulande ausgebildet wurde, wird auch die Bedürfnisse der hier lebenden Personen erkennen können.»

Imam albanischer Herkunft

Dem Wunsch nach einem offenen Islam entspricht auch, dass die befragten Muslime einen importierten und starren Islam ablehnen, ebenso aber einen von den Schweizer Behörden gegängelten. Auch die befragten öffentlichen Institutionen vertreten die Ansicht, dass es dem Staat nicht zustehe, den Islam zu reglementieren.

Staatliche Beteiligung klar befürwortet

Muslime und Institutionen wollen gemeinsam den Aufbau eines Studienganges für Imame übernehmen. Einig sind sie sich auch über den Grundsatz einer transparenten Finanzierung.

Die Musliminnen und Muslime sehen sich selbst als mitentscheidende Akteure beim Aufbau einer Imam-Ausbildung in der Schweiz. Gleichzeitig sehen sie für den Staat eine zentrale Rolle vor, ausser in den rein religiösen Fragen der Ausbildung. Der Staat wird als Garant für Qualität und Stabilität wahrgenommen, der hilft, unerwünschte Ideologien fernzuhalten.

Ausbildung im staatlichen Rahmen. Die befragten öffentlichen Institutionen befürworten klar eine staatliche Beteiligung an der Imam-Ausbildung. Der Staat soll bei der Gestaltung der Ausbildung eine tragende Rolle übernehmen. Die Integrationsstelle des Kantons Luzern schreibt in ihrer Stellungnahme: «Die Ausbildung an einer staatlichen Institution böte eine Garantie für Transparenz. Dies könnte dem Vertrauensaufbau dienen.» Einige Institutionen äussern sich allerdings skeptisch zu einer Beteiligung der öffentlichen Hand. Diese Minderheit widersetzt sich insbesondere einer Einmischung des Staates in religiöse Ausbildungsangebote.

«Die Ausbildung an einer staatlichen Institution böte eine Garantie für Transparenz. Dies könnte dem Vertrauensaufbau dienen.»

Integrationsstelle des Kantons Luzern

Die Mehrheit der Musliminnen und Muslime – insbesondere in der Westschweiz – zieht eine Weiterbildung für Imame einer umfassenden Ausbildung vor. Oft wird auch die Meinung vertreten, dass sich eine Weiterbildung einfacher realisieren liesse. Zu einem späteren Zeitpunkt solle dann für Imame der zweiten Generation oder mit Schweizer Wurzeln eine umfassende Ausbildung angeboten werden. Dieser Meinung schliesst sich eine Mehrheit der befragten Institutionen an.

Faktor Zeit. Es wird einige Zeit dauern, bis eine Imam-Ausbildung in der Schweiz – in welcher Form auch immer – starten könnte. Darüber sind sich Musliminnen und Muslime sowie Vertreter der öffentlichen Institutionen einig. Uneinigkeiten zwischen den verschiedenen islamischen Gemeinschaften in der Schweiz könnten die Umsetzung des Projekts verzögern.

Transparente Finanzierung, unumstrittene Geldgeber

Für Muslime wie Vertreter öffentlicher Institutionen ist klar, dass eine transparente Finanzierung der Imam-Ausbildung in der Schweiz und unumstrittene Geldgeber unabdingbar sind.

Die muslimischen Gemeinschaften verfügen laut Einschätzung der befragten Personen nicht über die notwendigen Mittel, um einen Studiengang vollumfänglich alleine zu finanzieren. Die Musliminnen und Muslime setzen deshalb ihre Hoffnungen in den Staat und berufen sich auf das öffentliche Interesse einer solchen Ausbildung. Sollten die muslimischen Gemeinschaften die Ausgaben alleine tragen müssen, dann käme für die Mittelbeschaffung nur eine Steuer analog zur Kirchensteuer in Frage.

Die befragten öffentlichen Institutionen vertreten die Meinung, dass die Musliminnen und Muslime in der Schweiz zumindest einen Teil der Kosten der Imam-Ausbildung übernehmen müssen. Der Staat soll einen weiteren Beitrag leisten. Die Vertreter der Institutionen könnten sich auch mit ausländischen Geldgebern anfreunden, sofern diese Unterstützung nicht an Bedingungen geknüpft ist. Dieser Meinung schliesst sich eine grosse Mehrheit der Musliminnen und Muslime an.

Klare Vorstellungen von Inhalten

Aus Sicht der befragten Musliminnen und Muslime sollte die Imam-Ausbildung religiöse und nicht-religiöse Fächer enthalten.

Die Musliminnen und Muslime haben eine klare Vorstellung von den Inhalten der Imam-Ausbildung, die im übrigen weitgehend in einer der Schweizer Landessprachen stattfinden soll. Ihrer Meinung nach soll der Studiengang einerseits religiöse Fächer umfassen, andererseits nicht-religiöse Fächer mit Bezug zum Schweizer Umfeld. Die nicht-religiösen Fächer könnten als gemeinsame Ausbildung für Sunniten, Schiiten und Aleviten angeboten werden. Bei den religiösen Themen befürworten einige getrennte Lehrveranstaltungen, andere halten gemeinsame Lehrveranstaltungen für möglich.

Koran und Schweizer Kontext verbinden. Nach Ansicht der Musliminnen und Muslime sollen die Imame auf jeden Fall den Koran studieren. Dazu gehört das Auswendiglernen gewisser Suren, doch erachten viele als viel wichtiger, dass der Text mit Bezug auf die schweizerische Realität interpretiert wird – siehe Seite 11.

Als nicht-religiöse Fächer, die ins Programm gehören, nennen die Musliminnen und Muslime Pädagogik, Anleitung zur Mediation und zur Seelsorge. Ausserdem soll die Ausbildung Module zur Schweizer Geschichte, zum schweizerischen Recht, zur Staats- und Wirtschaftskunde, zur Religionswissenschaft sowie eine Einführung in den interreligiösen Dialog enthalten.

Akademisches Niveau. Die Musliminnen und Muslime sowie die konsultierten öffentlichen Institutionen sind sich einig, dass die Imam-Ausbildung von einer Universität angeboten werden sollte. In ihrer Stellungnahme schreibt die Freisinnige Partei des Kantons Genf: «Unserer Meinung nach ist es wesentlich, dass die zweitwichtigste Religion unseres Landes – zugleich die drittstärkste Konfession – Gegenstand theologischen Unterrichts an einer Schweizer Universität wird.»

«Unserer Meinung nach ist es wesentlich, dass die zweitwichtigste Religion unseres Landes – zugleich die drittstärkste Konfession – Gegenstand theologischen Unterrichts an einer Schweizer Universität wird.»

Freisinnige Partei des Kantons Genf

Aus Sicht der befragten Musliminnen und Muslime sollen bei der Entwicklung der Lehrpläne islamische Universitäten im Ausland konsultiert werden. Diese könnten auch für die Rekrutierung geeigneter Dozenten insbesondere in den religiösen Fächern um Rat gefragt werden und anfangs auch geeignete Dozenten stellen. Am häufigsten erwähnen die befragten Musliminnen und Muslime die Universität al-Azhar in Kairo. Gegenüber saudiarabischen Universitäten hingegen äussern sie sich sehr kritisch.

In einigen europäischen Ländern gibt es bereits Ausbildungsmöglichkeiten für Imame und islamischen Religionsunterricht. In Frankreich existieren beispielsweise zwei Studiengänge: einer an einer privaten Einrichtung, ein anderer an einer privaten katholischen Universität. Diese Ausbildung beschränkt sich auf den Unterricht von nicht-religiösen Fächern und Staatsbürgerkunde. In den Niederlanden bilden zwei Universitäten Imame aus. Ein relativ vielfältiges, weitgehend privates Angebot weist Grossbritannien auf. In Österreich und Deutschland gibt es Ausbildungen für islamischen Religionsunterricht, neuerdings auch Weiterbildungen für Imame.

Imam: Ein attraktiver Beruf?

In der Schweiz gibt es kaum angemessen entlohnte Anstellungen für Imame oder IRU-Lehrpersonen. Einige Musliminnen und Muslime sind der Meinung, dass in der Schweiz ausgebildete Imame nicht mit besseren als den derzeit bestehenden Lohnbedingungen rechnen könnten. Andere hoffen, dass schweizerische Institutionen wie Spitäler oder Gefängnisse die Imame vermehrt als Seelsorger oder Mediatoren beschäftigen. Mehrere Personen schlagen die Einführung einer islamischen Kirchensteuer vor, um die Bedürfnisse der muslimischen Gemeinschaften finanzieren zu können. In diesem Fall müssten die muslimischen Organisationen allerdings erst in den Kantonen öffentlich-rechtlich anerkannt werden.

Imam-Ausbildung Idealbild eines Imams

Die Imame erfüllen die Erwartungen der Musliminnen und Muslime sowie der öffentlichen Institutionen in der Schweiz nur teilweise. Eine Auswahl einiger besonders prägnanter Aussagen, die die Forschungsgruppe festgehalten hat.

«Er darf nicht noch einen zweiten oder dritten Job machen, sondern wirklich nur den einen. Er soll auch im Verein und in der Moschee die ganze Zeit über anwesend sein. Wie ein Pfarrer in der Kirche, täglich vierundzwanzig Stunden: Wenn man anklopft, kann man beichten oder sonst etwas erzählen. Ja, er sollte eigentlich wirklich dafür leben.»

Eine kaufmännische Angestellte bosnischer Herkunft

«Eine Moschee ohne Imam ist wie ein Haus ohne Dach.»

Ein Logistiker mit mazedonischen Wurzeln

«Der Imam muss also versuchen, den Menschen zu erklären, dass es ein Plus ist, Muslim zu sein, etwas, das hilft, das Leben zu verstehen und im Leben voranzukommen. Aber diese sind auch Teil der Gesellschaft, eines Systems, mit dem sie irgendwie umgehen, das sie begleiten müssen. Also bei der Gesellschaft sein, in der Gesellschaft, etwas dazu beitragen.»

Eine Vertreterin einer algerischen Vereinigung

«Ein guter Imam kann fünf oder sechs Sprachen sprechen.»

Ein Arbeiter mazedonischer Herkunft

«Wir erachten eine verstärkte Integration solcher Personen als sehr notwendig, da wir immer wieder feststellen, dass religiöse Lehrer ihre Glaubensgemeinschaften bisweilen stark in eine Richtung beeinflussen, die schwer mit unseren Grundrechten vereinbar ist.»

Stellungnahme des Bildungsdirektors des Kantons St. Gallen



11.12.2009, Moschee an der Baselstrasse 61a in Luzern. Freitagsgebet. Der Imam Petrit Alimi (Bildmitte) bei der Arbeit. (© Mélanie Rouiller)

Religionsunterricht

Geringere Erwartungen an Lehrpersonen

Die befragten Musliminnen und Muslime halten auch eine Ausbildung der Lehrpersonen für islamischen Religionsunterricht (IRU) in der Schweiz für wünschenswert. Indes äussern sie weniger hohe Erwartungen an deren Adresse als an jene der Imame.

Die grosse Mehrheit der befragten Musliminnen und Muslime sowie der Institutionen wünscht sich nicht nur eine Ausbildung für Imame in der Schweiz, sondern auch für Lehrpersonen für islamischen Religionsunterricht (IRU). Viele Musliminnen und Muslime beurteilen die derzeitige Situation als nicht zufriedenstellend.

Eine Mehrheit der IRU-Lehrpersonen kann sich problemlos in einer Amtssprache der Schweiz ausdrücken. Die befragten Musliminnen und Muslime kritisieren allerdings die teilweise mangelhaften pädagogischen Kompetenzen und ungenügenden Islam-Kenntnisse. Zudem erwarten sie von den IRU-Lehrpersonen Vertrautheit mit dem schweizerischen Kontext.

Für eine bessere Integration. Hauptziel einer Ausbildung der IRU-Lehrpersonen sollte nach Meinung der befragten Personen und Institutionen die bessere Integration der Musliminnen und Muslime in der Schweizer Gesellschaft sein. Die Christkatholische Kirche fordert in ihrer Stellungnahme die «Integration der Kinder in ihre eigene Religionsgemeinschaft bei gleichzeitiger Integration in die schweizerische Umwelt». Die weiteren Erwartungen der befragten Personen an die Lehrpersonen sind weitaus weniger umfassend als jene an die Imame.

«Integration der Kinder in ihre eigene Religionsgemeinschaft bei gleichzeitiger Integration in die schweizerische Umwelt»

Christkatholische Kirche der Schweiz

Die Mehrheit der befragten IRU-Lehrpersonen sind Frauen. Deutschschweizer Lehrpersonen werden vom Institut für Interreligiöse Pädagogik und Didaktik Köln ausgebildet, das Kurse in der Schweiz anbietet. Von den fünf aus der Westschweiz befragten Lehrpersonen haben zwei eine Fernausbildung am Institut européen des sciences humaines (IESH) im französischen Château-Chinon absolviert. Die restlichen Personen bezeichnen sich als Autodidakten.



05.12.2009, grosse Moschee in Genf. Koranklasse. (© Mélanie Rouiller)

Imam-Ausbildung Bestehendes Bildungsangebot

Zurzeit bestehen die folgenden Ausbildungsmöglichkeiten für Imame und IRU-Lehrpersonen sowie weitere am Islam Interessierte in der Schweiz:

1. **IPD-Kurs.** Das Institut für Interreligiöse Pädagogik und Didaktik in Köln bietet seit 2001 einen Kurs in islamischer Pädagogik für Musliminnen und Muslime an, die als Lehrpersonen für islamischen Religionsunterricht (IRU) tätig sein möchten.
2. **Islamologisches Institut in Wien.** Das private Institut organisiert seit 2007 Kurse in der Region Zürich, die Musliminnen und Muslimen sowie Nicht-Musliminnen und -Muslimen offen stehen.
3. **Zertifikat «Islam, Muslime und Zivilgesellschaft» der Universität Freiburg.** Das Weiterbildungszentrum der Universität Freiburg hat für 2010 eine Weiterbildung für interessierte Muslime und Nicht-Muslime angeboten. Ziel ist es, die Teilnehmenden mit den sozialen, religiösen und kulturellen Realitäten in der Schweiz vertraut zu machen. Da sich zu wenige Interessierte eingeschrieben haben, ist der Kurs vorerst noch nicht durchgeführt worden.
4. **«Religiöse Begleitung im interkulturellen Kontext».** Die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) in Winterthur organisiert diesen Kurs seit September 2009. Behandelt werden insbesondere Fragen des interreligiösen Dialogs.
5. **Projekt der Universität Basel.** Im Jahr 2004 schlug die Islamische Religionspädagogische Akademie (IRPA) in Wien der Universität Basel vor, eine Abteilung Islamische Theologie für Imame, IRU-Lehrpersonen und weitere Interessierte einzurichten. Das Projekt liegt derzeit auf Eis, da in der Frage des Mitspracherechts von Geldgebern bisher keine Einigung erreicht werden konnte.



11.12.2009, Moschee an der Baselstrasse 61a in Luzern. Mittagsgebet am Freitag.
(© Mélanie Rouiller)

Teil II: Weitere Erkenntnisse zum Islam in der Schweiz

Offizielle Statistik

Islam ist zweitstärkste Religion der Schweiz

Die offizielle Statistik stützt sich auf die Eidgenössische Volkszählung 2000. Gemäss dieser ist der Islam nach dem Christentum die zweitgrösste Religion der Schweiz. Acht von zehn Mitgliedern stammen aus Ex-Jugoslawien oder der Türkei.

Der Islam ist heute die zweitgrösste Religion und die dritthäufigste Konfession der Schweiz. Dies erfuhren die Medien, die politischen Behörden sowie die Öffentlichkeit bei der Präsentation der Resultate der Eidgenössischen Volkszählung 2000. Zu diesem Zeitpunkt lebten auf Schweizer Boden 310'807 Musliminnen und Muslime, was 4,26 Prozent der Bevölkerung entspricht. 1970 repräsentierten sie lediglich 0,26 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung.

Ein europäischer Islam. Von 100 in der Schweiz wohnhaften Musliminnen und Muslimen stammen 57 aus Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. Zwanzig sind türkischer Nationalität. Fast 80 Prozent aller Mitglieder der muslimischen Gemeinschaft in der Schweiz praktizieren folglich einen europäischen Islam: Für sie ist Religion eine private Angelegenheit in einem laizistischen Staat. Nur 6 Prozent der muslimischen Wohnbevölkerung stammte im Jahr 2000 aus dem Magreb und dem Nahen Osten – im Vergleich zu 13 Prozent dreissig Jahre zuvor.

Die letzte Volkszählung zeigt ausserdem auf, dass die muslimische Gemeinschaft jung und städtisch ist. Fast 40 Prozent der erfassten Musliminnen und Muslime waren im Jahr 2000 jünger als 20 Jahre – eine Ausnahmeerscheinung unter den Religionsgemeinschaften in der Schweiz. Am höchsten ist der Prozentsatz der muslimischen Bevölkerung in der Deutschschweiz (4,7 Prozent). In der Westschweiz beträgt er 3,6 Prozent und 1,8 Prozent im Tessin. Sie leben selten in Gemeinden mit weniger als 3'000 Einwohnerinnen und Einwohnern und sind primär in industrialisierten Agglomerationen des Mittellandes wohnhaft. Im Jahr 2000 verfügten über 10 Prozent der Musliminnen und Muslime über einen Schweizer Pass.

Islam in der Schweiz

Neue Erkenntnisse aus Forschungsprojekten des NFP 58

Eine ganze Reihe von Forschungsprojekten im NFP 58 beschäftigt sich ausschliesslich oder unter anderem mit Fragen des Islams. Einige dieser Projekte haben Anfang 2010 ihre Resultate vorgelegt oder stehen kurz vor dem Abschluss. Auf den folgenden Seiten werden neue Erkenntnisse aus vier Projekten in Form von Interviews mit Wissenschaftlern präsentiert.

Weitere Forschungsergebnisse werden im Jahr 2011 erwartet. Zu Fragen des Islams sind insbesondere die folgenden vier Projekte interessant:

Aleviten und Ahmadis, im Schatten der Sunniten und Schiiten

Der europäische Islam ist grösstenteils sunnistisch, ebenso wie die meisten Muslime in der Schweiz Sunniten sind. Die zweitgrösste Gemeinschaft sind die Schiiten. Die Forschungsgruppe von Prof. Martin Sökefeld von der Universität Bern hat sich im Rahmen des NFP 58 auf zwei kleinere Gemeinschaften – die Aleviten (Türkei) und die Ahmadis (Pakistan) – konzentriert.
www.nfp58.ch → Projekte → Muslime in der Schweiz → Muslimische Diasporagemeinschaften in der Schweiz

Anzahl und Funktionsweise lokaler muslimischer Gemeinden

Das Forschungsprojekt «Lokale religiöse Gemeinden: Vergleich Schweiz – USA» von Prof. Jörg Stolz, tätig am Observatoire des religions der Universität Lausanne, erfasst die Anzahl lokaler Gemeinschaften und ihre Funktionsweise. Das Projekt liefert detaillierte Informationen über die muslimischen Gruppierungen in der Schweiz.
www.nfp58.ch → Projekte → Formen religiösen Lebens → Lokale religiöse Gruppierungen: Vergleich Schweiz – USA

Vergleich unterschiedlicher islamischer Organisationsstrukturen

Prof. Mounia Bannani-Chraïbi und ihr Team von der Universität Lausanne vergleichen unterschiedliche islamische Organisationsstrukturen in der Schweiz.
www.nfp58.ch → Projekte → Muslime in der Schweiz → Wie organisiert sich der Islam in der Schweiz?

Kulturelle und soziale Einstellungen der muslimischen Bevölkerung

Die Forschergruppe von Dr. Marco Giugni vom Département de science politique der Universität Genf erforscht die sozialen, kulturellen und politischen Einstellungen der Musliminnen und Muslime in der Schweiz.
www.nfp58.ch → Projekte → Muslime in der Schweiz → Muslime in der Schweiz zwischen Anerkennung als Minderheit und Anpassung



11.12.2009, Moschee an der Baselstrasse 61a in Luzern. In Erwartung des Mittagsgebets.
(© Mélanie Rouiller)

Interview mit Dr. Samuel Martin Behloul Islam ist nicht Fundamentalismus

Eine Nahaufnahme der bosnischen und albanischen Musliminnen und Muslime in der Schweiz ist das Forschungsprojekt von Dr. Samuel Martin Behloul. Seine Untersuchung zeigt, dass diese Gemeinschaften nicht einsehen, weshalb sie sich von fundamentalistischen Haltungen distanzieren sollten, die auch ihnen selbst komplett fremd sind.

Die Mehrheit der Musliminnen und Muslime in der Schweiz stammt aus den Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens: Kosovo, Mazedonien, Bosnien Herzegowina und Südserbien.

Seit dem 11. September 2001 – dem Tag der Anschläge auf das World Trade Center in New York – konzentriert sich der kritische Diskurs über die Muslime auf einen dem Westen fremden und fundamentalistischen Islam. Dabei liegt die Heimat der meisten schweizerischen Musliminnen und Muslime in einer europäischen Region – dem ehemaligen Jugoslawien – die jahrzehntelang vom Kommunismus dominiert wurde.

Wie reagieren Bosnier und Albaner auf die Kritik an einem ihnen kulturell fremden Islam? Dieses Thema untersucht Dr. Samuel Martin Behloul vom Religionswissenschaftlichen Seminar der Universität Luzern.

Samuel Martin Behloul, beeinflusst die kritische Einstellung der Schweizer Bevölkerung zum Islam die bosnischen und albanischen Muslime in der Schweiz?

Die Bosnier stimmen den Argumenten der meisten politischen Parteien zu. Sie erinnern daran, dass sie – wie die Albanerinnen und Albaner – aus Ex-Jugoslawien stammen, dass sie keinen fundamentalistischen Islam praktizieren und keine Probleme verursachen. Die Albaner ihrerseits betonen die Ethnizität und nicht die Religion als Identitätsmerkmal. Doch die Schlussfolgerung ist in beiden Fällen dieselbe: Sie sehen nicht ein, weshalb sie sich von fundamentalistischen Haltungen distanzieren sollten, welche auch ihnen selbst komplett fremd sind.

Wie funktioniert der Austausch der beiden Gruppen mit dem schweizerischen Umfeld?

Die Internetseiten der bosnischen Gruppierungen sind in der Muttersprache der Gläubigen verfasst, jene der albanischen Gemeinschaft dagegen mehrheitlich auf Deutsch. Die albanischen Gruppen pflegen zudem einen viel engeren Kontakt zur lokalen Politik, was sich mit dem negativen Bild erklären lässt, das bei ihrer Ankunft Ende der 1980er Jahre entstand. Die Bosnierinnen und Bosnier sind weniger in der Öffentlichkeit präsent, da sie sich einerseits für unproblematische Muslime halten, andererseits von der Mehrheitsbevölkerung auch so wahrgenommen werden.

Die Schweiz wirft der muslimischen Gemeinschaft oft vor, sie sei schlecht organisiert. Ist dieser Vorwurf gerechtfertigt?

Nein. Die Schweiz erwartet von der muslimischen Gemeinschaft eine Organisationsstruktur nach dem Vorbild der Kirchen: Wenn ich eine Frage an die Katholiken habe, wende ich mich an die jeweilige Landeskirche oder an die Schweizerische Bischofskonferenz in Freiburg. Die muslimische Gemeinschaft dagegen kennt keine solche Organisation und ist zudem sehr vielfältig. Der Aufbau einer solchen Organisation braucht Zeit und die geeigneten Personen, um die Gemeinschaft nach aussen zu vertreten. Doch was die alltäglichen Belange betrifft, sind die bosnischen und albanischen Muslime lokal sehr gut organisiert, wie ich feststellte. Zahlreiche Organisationen sind einerseits ein Ort des Gebets und bieten andererseits Eheberatungen, Informatikkurse oder Kleinkinderbetreuung an.

Weitere Informationen zum Forschungsprojekt:

Die Resultate werden im Sommer 2010 vorliegen. Der Schlussbericht wird auf der Website des NFP 58 publiziert werden.

www.nfp58.ch → Projekte → Muslime in der Schweiz → Reaktionen der bosnischen und albanischen Muslime in der Schweiz auf den Islam-Diskurs

Interview mit Prof. Adrian Vatter

«Die Minarett-Abstimmung wurde in der Mitte gewonnen»

«Die Minarettverbot-Abstimmung vom 29. November 2009 wurde in der politischen Mitte gewonnen», sagt Prof. Adrian Vatter, Autor der VOX-Analyse. Beim Verbot handle es sich um eine grundlegende Kritik am Islam, nicht aber an der Lebensart der Muslime in der Schweiz.

Prof. Adrian Vatter hat die Abstimmung über die Minarettverbots-Initiative, die das Schweizer Volk am 29. November 2009 angenommen hat, in einer VOX-Analyse untersucht (www.politrends.ch). Weitere Abstimmungen hat der Leiter des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bern in seinem Forschungsprojekt im Rahmen des NFP 58 analysiert. Beide Studien gelangen zu ähnlichen Ergebnissen. Adrian Vatter erläutert, wie die Schweizer Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen in der Schweiz eingestellt ist.

Adrian Vatter, was hat den Ausschlag für den Sieg der Befürworter der Antiminarett-Initiative gegeben?

Entscheidend waren die Stimmen aus der politischen Mitte. Normalerweise stimmt die Mitte eher für Minderheiten wie zum Beispiel Ausländer. Am 29. November 2009 sprach sie sich aber gegen die muslimische Minderheit aus und stimmte der Antiminarett-Initiative mehrheitlich zu. Nebst der SVP-Wählerschaft befürworteten 56 Prozent der CVP-Sympathisanten und 60 Prozent der Freisinnigen die Initiative.

Welche Motivationen stecken hinter dem Ja?

Die Beweggründe sind vielfältig. Man kann jedoch sagen, dass diese Abstimmung von symbolischer Bedeutung ist: Die Mehrheit wollte zum Ausdruck bringen, dass sie die Verbreitung des Islams als Gesellschaftsmodell ablehnt. Es handelt sich in erster Linie um eine grundlegende Kritik am Islam, in der politisch-fundamentalistischen Form wie er wahrgenommen wird: mit den terroristischen Anschlägen und der Anwendung der Scharia in gewissen Ländern. Es ist aber keine generelle Kritik an den Muslimen in der Schweiz. Wir haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gefragt, ob sich die schweizerische und die muslimische Lebensart in unserem Land gut vertragen. Zwei Drittel der befragten Personen sind ganz oder weitgehend überzeugt, dass dem so ist.

Bei dieser Abstimmung zeigte sich ein tiefer Graben zwischen der Linken und der Rechten. Kommt dies überraschend?

Nein, das Abstimmungsergebnis bestätigt die Resultate unserer Untersuchungen im Rahmen des NFP 58 zu minderheitenrelevanten Abstimmungen. Bei solchen

Abstimmungen steht die Linke mehrheitlich für die Minderheiten ein, im Gegensatz zur Rechten. Die Linke steht für ein egalitäres Gesellschaftsbild ein. Sie stellt sich bei solchen Fragen gegen die konservativen und anti-emanzipatorischen Ansichten der Rechten.

Die Analyse des Stimmverhaltens der Frauen brachte Überraschungen zu Tage...

Ja, weil man direkt nach der Abstimmung vermutete, die Stimmen der linken Frauen hätten der Initiative zum Sieg verholfen. Das traf gemäss der VOX-Umfrage aber nicht zu. Von den linken Frauen stimmten nur 16 Prozent dafür. Im rechten Lager legten hingegen 87 Prozent der Frauen ein Ja in die Urne. Bei dieser Abstimmung besetzten die Frauen die beiden Extrempositionen. Die linken Frauen verwarfen die Initiative am klarsten. Die glühendsten Verfechterinnen sind bei den Rechtskonservativen zu finden.

Welche Schlüsse lassen sich zur Situation der Muslime in der Schweiz ziehen?

Unsere im Rahmen des NFP 58 durchgeführten Forschungen und die VOX-Analyse zeigen, dass die muslimischen Gemeinschaften in der Schweiz als sogenannte Fremdgruppe wahrgenommen werden – sie wecken Ängste bei der Schweizer Stimmbevölkerung. Die Schweizerinnen und Schweizer sind einer Besserstellung der Muslime gegenüber grundsätzlich kritisch eingestellt, sämtliche kantonale Volksabstimmungen zum Islam beweisen dies. Für mich ist die Antiminarett-Abstimmung der Startschuss, um eine neue Herausforderung anzugehen. Den Politikern ist es nicht gelungen, die richtigen Argumente zu finden.

Die Abstimmung hat im intellektuellen Milieu in der Schweiz und in Europa Entrüstung ausgelöst. Sie sagen uns nun: Sie ist eigentlich eine Chance.

Diejenigen, die Ja gestimmt haben, waren nicht schlecht informiert. Sie differenzierten zwischen dem Islam als Gesellschaftsmodell einerseits und ihren muslimischen Nachbarn andererseits. Sie stimmten zwar gegen Minarette, aber nicht dagegen, dass die Muslime ihre Religion in der Schweiz ausüben sollen. Ich sehe diese Abstimmung als eine Chance für Bundesrat, politische Parteien und die muslimische Gemeinschaft, eine aktive Informationspolitik zum Islam in der Schweiz führen. Die Eliten haben das Thema bisher klar vernachlässigt.

Weitere Informationen zum NFP 58-Forschungsprojekt:
Das Projekt wird Ende 2011 abschliessen. Der Schlussbericht wird auf der Website des NFP 58 publiziert werden.
www.nfp58.ch → Projekte → Religion, Medien und Politik → Der Schutz religiöser Minderheiten in der direkten Demokratie

Interview mit Prof. Urs Dahinden

Medienschaffende kennen den Islam schlecht

Prof. Urs Dahinden vom Fachbereich für Informationswissenschaft der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Chur hat im Rahmen des NFP 58 die Rolle der Medien in Kulturkonflikten untersucht. Seine Analyse zeigt: Die Medienschaffenden verfügen über zu wenig Kenntnisse der Religionen und interessieren sich nur wenig dafür.

Prof. Urs Dahinden vom Fachbereich für Informationswissenschaft der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Chur ging im Rahmen des NFP 58 der Frage nach, ob die Massenmedien religiöse Konflikte verschärfen. Zu diesem Zweck führte seine Forschungsgruppe Interviews mit Verantwortlichen von Religionsgemeinschaften und Schweizer Medienschaffenden durch. Ergänzend analysierte das Forschungsteam Medienbeiträge (Zeitungartikel sowie Fernseh- und Radio-sendungen), die innerhalb eines Jahres erschienen waren.

Urs Dahinden, kennen die Medienschaffenden den Islam gut?

Die Journalistinnen und Journalisten wissen über den Islam gleich wenig wie über die anderen Religionen. Dies haben sie in den Interviews unumwunden zugegeben. Das stellt für sie allerdings kein Problem dar. Dadurch seien sie in der Lage, die gleichen Fragen zu formulieren wie die breite Bevölkerung.

Aber widerspricht dies nicht der eigentlichen Aufgabe der Medienschaffenden?

Natürlich, jedermann wäre geschockt, wenn er feststellen würde, dass die Sportreporter die Fussballmannschaften der obersten Liga nicht kennen! Medienschaffende müssen ein Thema kennen, um dem Interviewpartner entgegen treten zu können. Man kann auch einfache Fragen formulieren, wenn man umfassend mit der Thematik vertraut ist. Ich denke, dass wir diese Erklärung der Medienschaffenden quasi als Entschuldigung verstehen müssen. Sie zeigt, dass die Religion in den Redaktionen kein bedeutendes Thema ist. Nur gerade eine Handvoll Schweizer Medien beschäftigt Spezialistinnen und Spezialisten für Religionsfragen.

Das ist eine Ihrer Schlussfolgerungen – die Medien interessieren sich nicht für die Religionen.

Unsere Inhaltsanalyse zeigt dies deutlich auf: Nur sehr wenige Artikel behandeln die Religion im eigentlichen Sinn und wenn, dann primär den Islam oder den Katholizismus. Wenn der Katholizismus behandelt wird, dann meist im Bezug auf den Vatikan. Im Fall des Islams spricht man nicht von den Musliminnen und Muslimen in der Schweiz, sondern vom Islam im Ausland. Er gilt als Merkmal einer

Gruppe, die in einen Konflikt verwickelt ist. Der Islam wird politisiert. Die Religionen im eigentlichen Sinn interessieren die Medien dagegen kaum, erst beispielsweise im Zusammenhang mit politischen Konflikten verfassen sie Artikel zum Thema.

Sie haben auch die Erzählschemen analysiert, welche in den Artikeln eingesetzt werden. Wie wird der Islam dargestellt?

Auf negative Weise. Grundsätzlich kann man sagen, dass der Islam mit Kriminellen oder Schuldigen assoziiert wird. Das Judentum dagegen wird einer Opferfigur gleichgesetzt und der Buddhismus beispielsweise einem Helden oder einer guten Mutter.

Kann man sagen, dass die Medien die Ablehnung des Islams und der muslimischen Mitglieder verstärken?

Nein. Hingegen kann man sagen, dass die Medien passiv sind. Sie unternehmen nichts, um die Toleranz unter den Religionsgemeinschaften in der Schweiz zu fördern. Die Religion ist recht weit vom Hauptanliegen der Medien entfernt. Sie sind grundsätzlich desinteressiert, die Kampagne zu den Minaretten war klar eine Ausnahme.

Während dieser Kampagne haben es die Musliminnen und Muslime vorgezogen zu schweigen. Sie empfehlen ihnen hingegen, sich zu Wort zu melden – warum?

Die Musliminnen und Muslime in der Schweiz unterscheiden sich sehr stark vom ausländischen Islam, der aber in den Medien am stärksten vertreten ist. Aus meiner Sicht müssen die schweizerischen Musliminnen und Muslime deshalb klare Botschaften verfassen und diese auch aktiv kommunizieren, zum Beispiel: «Es gibt einen schweizerischen, demokratischen und friedlichen Islam». Wenn nicht die schweizerischen Musliminnen und Muslime selbst sagen, dass sie friedlich sind und keine Machtübernahme anstreben – wer dann? Um diese Botschaft verbreiten zu können, braucht es eine entsprechende Organisationsstruktur. Es gilt, den Medienschaffenden Kontaktpersonen zu vermitteln, die in der Lage sind, für die muslimische Gemeinschaft zu sprechen und sie gegen aussen zu vertreten. Seit der Annahme der Minarett-Initiativen laufen zwar mehr Aktivitäten in diese Richtung, aber dieses Ziel ist noch nicht erreicht.

Weitere Informationen zum Forschungsprojekt:
Das Projekt wurde Anfang 2010 abgeschlossen. Der Schlussbericht kann von der Website des NFP 58 heruntergeladen werden.
www.nfp58.ch → Projekte → Religion, Medien und Politik → Rolle der Medien beim Zusammenprall der Kulturen

Interview mit Dr. Patrik Ettinger Qualität der Islam-Debatte erhöhen

Vor dem Hintergrund einer intensiven Berichterstattung über internationale Konflikte und Anschläge wurde auch die muslimische Minderheit in der Schweiz ab 2004 zum Thema der öffentlichen Diskussion. Die mangelnde Differenzierung in der Wahrnehmung des Islam führt zu einer anhaltenden Problematisierung der muslimischen Minderheit in der Schweiz.

Wie kommt es, dass der Islam und die muslimische Gemeinschaft in der öffentlichen Debatte in der Schweiz als Probleme dargestellt werden? Kurt Imhof und Patrik Ettinger vom Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich haben Antworten gesucht. Sie analysierten die Medienberichterstattung und die parlamentarischen Debatten auf nationaler Ebene.

Patrik Ettinger, wie konnte der Islam in der Schweiz zu einem Problem werden, ohne dass man den Muslimen in der Schweiz etwas Bestimmtes vorwerfen kann?

Unsere Untersuchung zeigt, dass die Wahrnehmung der Muslime in der Schweiz durch die intensive Berichterstattung über internationale Konfliktereignisse beeinflusst wird. Vor den Anschlägen vom 11. September 2001 waren sie kein Thema. Nach 9/11 wurden die Muslime in der Schweiz vor allem als Opfer wahrgenommen. Erst ab 2004 wurden sie zu einem Problem in der öffentlichen Diskussion. Dies einerseits durch die Anschläge und Konflikte in Europa und andererseits durch die Instrumentalisierung des Themas in der politischen Auseinandersetzung.

Welche Etappen führten zu dieser Problematisierung des Islams in der Schweiz?

In Bezug auf die internationalen Konfliktereignisse sind dies sicherlich die Anschläge von Madrid und London und der Konflikt um die Mohammed-Karikaturen, der als Bedrohung westlicher Grundwerte interpretiert wurde. Darüber hinaus zeigten die Abstimmungen über die öffentliche Anerkennung nichtchristlicher Religionen im Kanton Zürich 2003 und die erleichterte Einbürgerung der Ausländerinnen und Ausländer zweiter und dritter Generation 2005, aber auch die Wahlen 2007, dass mit dem Thema Islam Emotionen geweckt und Abstimmungen gewonnen werden können. Damit wurde das Thema Islam insbesondere für rechtskonservative Parteien interessant.

Welche unterschiedlichen Semantiken konnten Sie identifizieren?

In Abgrenzung zu den eigenen Werten wird der Islam häufig als vormodern, gewalttätig und bedrohlich dargestellt. Problematisch daran ist, dass sich diese Semantiken wechselseitig verstärken und dass über Muslime häufig pauschalisierend

gesprachen wird. Dadurch wird eine Integration von Muslimen implizit ausgeschlossen.

Wer verbreitet diese Semantiken?

Während wie erwähnt ab 2003 rechtskonservative Parteien mit dem Thema Islam Politik machen, haben der Freisinn und die Linksparteien die Brisanz des Themas unterschätzt – das wurde bei der Minarettinitiative deutlich: Hier erzielten die Befürworter drei Viertel der Medienresonanz, die Gegner lediglich einen Viertel. Damit wurden die Mehrheitsverhältnisse im Parlament exakt umgedreht. Diese spärliche Resonanz ist auch ein Effekt des geringen und späten Engagements der Gegner der Initiative.

Welche Auswirkungen hat dies auf die demokratische Debatte?

Das Problem ist nicht, dass der Islam thematisiert wird. Eine Demokratie muss sich mit möglichen Herausforderungen auseinandersetzen. Das Problem ist die Qualität der Diskussion. Dass diese gefährdet ist, zeigen folgende drei Indikatoren. Erstens ist die Debatte über Muslime von starken Verallgemeinerungen geprägt, die wesentliche Differenzen verwischen. Zweitens zeigte sich in der Debatte über die Minarettinitiative, dass auf die jeweiligen Pro- und Kontra-Argumente kaum eingegangen wurde. Wir hatten also einen Konflikt ohne Auseinandersetzung. Drittens wurde die zentrale Frage nach dem Selbstverständnis der Schweiz kaum gestellt. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass eine Auseinandersetzung über unterschiedliche Demokratieverständnisse erst nach der Abstimmung geführt wurde.

Wie kann die öffentliche Debatte verbessert werden?

Dies ist ein schwieriges Unterfangen, weil die Logiken eines kommerzialisierten Mediensystems wie die politischen Logiken – gerade im Blick auf die Wahlen 2011 – eher eine Zuspitzung des Konfliktes erwarten lassen. Jedenfalls helfen Debatten über Symbole wie etwa die Burka nicht weiter. Eine Unterscheidung zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre würde sicherlich zur Rationalität der Debatte beitragen. Allerdings müsste man dann das Einfordern von Pflichten in der öffentlichen Sphäre – und nur in dieser – mit Rechten verbinden, etwa bei der Bildung oder der Anerkennung religiöser Körperschaften.

Weitere Informationen zum Forschungsprojekt:

Die Resultate werden im Sommer 2010 vorliegen. Der Schlussbericht wird auf der Website des NFP 58 publiziert werden.

www.nfp58.ch → Projekte → Religion, Medien und Politik → Religiöse Differenz als Problem in der politischen Diskussion



05.12.2009, grosse Moschee Genf. Sicht vom nahen Basketballplatz. (© Mélanie Rouiller)

Das NFP 58 in Kürze

Das Nationale Forschungsprogramm 58 «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft» (NFP 58) ist ein anwendungsorientiertes Forschungsprogramm des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF). Es soll den Mangel des Bundes und der Kantone an wissenschaftlichen Informationen über die religiösen Gemeinschaften in der Schweiz und ihr Verhältnis zu Staat und Gesellschaft beheben.

Der Bundesrat hat das NFP 58 am 2. Dezember 2005 genehmigt. Seit 2007 haben 28 Forschungsgruppen ihre oft interdisziplinären Projekte begonnen. Die Forschungsarbeiten dauern maximal drei Jahre.

Das NFP 58 verfügt über ein Gesamtbudget von 10 Millionen Franken.

Präsident: Prof. Christoph Bochinger (Christoph.Bochinger@uni-bayreuth.de)

Koordinator: Dr. Christian Mottas (cmottas@snf.ch)

Umsetzungsbeauftragte: Almut Bonhage (almut.bonhage@bonhage.ch)

www.nfp58.ch

www.snf.ch

Impressum

NFP 58, Themenheft I, Juni 2010

Konzept und Redaktion: Xavier Pilloud – Bonhage PR AG

Design und Layout: Ines Senger – Senger Interactive

Bildnachweis: Mélanie Rouiller – kokochka création

Übersetzung: Claudia Möri

Produktion: Jordi AG, Belp



SCHWEIZERISCHER NATIONALFONDS
ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNG